

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Bahn
bei uns monatlich 100 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Auswärts die Postanstalten
zu. — Preiszeit wöchentlich.
Fernsprech-Anschluss Nr. 22.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Angemessen für die Lebenshaltung
Belegpreis für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 30.00 Mark, auswärts
Anzeigen 37.00 Mark, Reichs-Beleg-
preis 40.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Nr. 248

Montag, den 23. Oktober 1922

17. Jahrgang

Um was geht es bei der sächsischen Landtagswahl?

Vom Oberbürgermeister Dr. Allg., M. d. R.

Der 5. November wird ein Entscheidungstag für das sächsische Volk von weittragender Bedeutung sein. Es ist deshalb unerlässlich, daß die einzelnen Parteien ihre Ziele von vornherein klar herausstellen, für welche sie an dem Wahltag die Entscheidung erstreben. In einem langatmigen Flugblatt wirt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die Frage auf: was ist das Ziel der Landtagsauflösung? und beantwortet sie in etwa an die Absichten des früheren politischen Kampfes erinnernden Weise durch Aufzählung einer Reihe von Zielen, die die angeblich „wahre Absicht“ der in Wirklichkeit nicht bestehenden „geinteten bürgerlichen Reaktion“ verkörpern sollen. Wiederherstellung der Monarchie, Aufhebung des Achtstundentages, Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, Auslieferung der Schule und der Lehrerschaft an die pfäffische Verbummungspolitik. Diese kurze Blütenlese wird genügen, um die Erstlingsgabe dieses Flugblattes bei der Aufzählung der an den politischen Horizont gezauberten Gespenster zu kennzeichnen. Welch tiefes Niveau der politischen Einsicht legt die Aufzählung dieser „Ziele“ voraus, von denen, selbst wenn sie in einem hinverbrannten Kopf bestehen sollten, doch jeder schlichte Mann aus dem Volke wissen müßte, daß sie niemals in den Landtagswahlkampf, niemals in der Landespolitik und Landesgesetzgebung eines Mittelstaates, sondern höchstens in der Reichspolitik verfolgt werden könnten. Wenn die Sozialdemokratie ihr eigenes Ziel bei der bevorstehenden Wahl offen und ehrlich kennzeichnen wollte, so würde dies mit dem schlichten und einfachen Satz geschehen: Aufrechterhaltung und, wenn möglich, Stärkung der sozialistischen Wehrkraft in Sachsen, um nach wie vor in Sachsen eine ausschließliche sozialistische Regierung am Leben erhalten zu können. Demgegenüber stehen auf Seiten der Deutschen Demokratie zwei klare Ziele, die von vornherein in diesem Wahlkampf unumwunden bekannt werden sollen: Beseitigung der sozialistischen Mehrheit und damit der verfassungswidrigen Regierung, das ist das eine; seine Erreichung soll den Weg frei machen für das andere: Zusammenfassung aller demokratischen und verfassungstreuen Kräfte in Parlament und Staat zu einer verfassungsmäßigen, nicht nur von einer Klasse getragenen Regierung.

Die sozialistische Regierung Sachsens war verfassungswidrig seit der Stunde ihrer Geburt. 49 sozialistisch-kommunistischen Stimmen fanden 47 nichtsozialistische Stimmen im Landtag gegenüber. Dieses Mehrheitsverhältnis, das durch den von so vielen erlebten „Rück nach rechts“ und durch die verantwortungslose, stimmensplitternde Markheit einer sogenannten Wirtschaftlichen Vereinigung erzielt worden war, lieferte die Regierung Sachsens den vereinigten Sozialisten und Kommunisten aus und berechtigte die sozialistischen Parteien an sich durchaus, die Regierung allein zu bilden, aber zwei Voraussetzungen waren dazu nötig: erstens mußten die regierungsbildenden Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen, und zweitens mußte diese Regierung nach Artikel 27 der Verfassung das Vertrauen der Mehrheit des Landtages haben. Beides war nicht der Fall. Die Entscheidung innerhalb der regierungsbildenden Parteien lag bei der neun Köpfe starken, überall den Ausschlag gebenden kommunistischen Fraktion. Sie bekannte sich schon in der regierungsbildenden Sitzung durch ihren Fraktionsredner zu dem „einen Ziele, die Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu stärken“. Als Bestandteil einer verfassungsmäßigen Regierungsmehrheit kamen damit die Kommunisten nicht mehr in Frage. Gleichwohl stützte sich die Regierung nach wie vor auf sie, auch dann noch, als die Kommunisten wiederholt unumwunden erklärten, daß sie zu dieser Regierung, für deren Vorlagen sie formell stimmten, kein Vertrauen hätten, und ihre Stimme für sie nur abgaben, damit sie sich möglichst lange blamiere.

In der Praxis des Staatslebens führte dieser verfassungswidrige Zustand nicht nur zu einer unwürdigen Abhängigkeit der Regierung von der kleinen Gruppe der Kommunisten, sondern vor allem auch zu weiteren verfassungswidrigen. Nebenwichtige Gesetze (Justizetat) wurden von der Mehrheit des Landtages einschließlich der Kommunisten als einer „Regierungspartei“ abgelehnt — aber die Regierung blieb. Die Demokratische Partei, der von jeher die Wahrung der Verfassung oberstes Gesetz gewesen ist, hat es an vielfachen Versuchen nicht fehlen lassen, eine Verständigung der mittleren Sinne als die einzige Möglichkeit, zu verfassungsmäßigen und geordneten Zuständen zu kommen, anzubahnen, sie hat alle parlamentarischen Mittel versucht, um ohne Volksentscheid und Landtagsauflösung eine lebensfähige, politische Arbeitgemeinschaft zu erreichen, aber jede

Verständigung wurde von sozialdemokratischer Seite abgelehnt. Auf Gnade und Ungnade blieben die Regierung und der Landtag den Kommunisten ausgeliefert. Unschön wie das Leben dieses Landtages von kommunistischer Gnade war dann sein schließlicher Tod mit Hilfe kommunistischer Ungnade.

Nun liegt am 5. November die Entscheidung beim sächsischen Volke. Bei der letzten Landtagswahl haben die nichtsozialistischen Wähler Sachsens gezeigt, daß ihnen zu einem erheblichen Teile der Gedanke des demokratischen Volksstaates noch nicht innerer Besitz ist. Sie lebten in dem Irrsinn, durch einen Abmarsch nach rechts eine Besserung der staatlichen Zustände erreichen zu können. Die Deutsche Demokratische Partei als Partei der Mitte und des Ausgleichs wurde geschwächt. Was damit erreicht worden ist, hat der nun verlassene Landtag mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Gelingt es bei diesem Wahlkampf nicht, die demokratischen Kräfte des Landtages so zu stärken, daß sie als mehrheitsbildender Faktor unentbehrlich werden, so kehren die bisherigen Zustände in verschärfter Form wieder.

Eine nicht aus ihrer Mehrheitsstellung verdrängte Sozialdemokratie wird niemals zu einer Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien geneigt sein. „Die Arbeiter finden sich zusammen in dem Verlusse, den Staatsapparat in die Hand zu nehmen, und damit eine Einheitsfront gegen das Bürgertum zu konstruieren“, diese Worte des Abgeordneten Liebmans zeigen den Klassenkampf als Selbstzweck genau so, wie die Worte des Abgeordneten Müller-Schleußig: „Der Gedanke der Verführung der Klassegenossen ist eine Utopie, auf die kein Mann, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Politiker erhebt, verfallen sollte.“ Von einem solchen brutalen Klassenstandpunkt aus kann man natürlich kein Staatswesen lenken. Von diesem Standpunkt aber ist die Sozialdemokratie nur abzudrängen, wenn die parlamentarischen Machtverhältnisse ihr eine starke Deutsche Demokratie an die Seite stellen; nur mit ihrer Hilfe ist eine verfassungsmäßige, demokratische, das Gesamtwohl des Volkes ins Auge fassende Handhabung des parlamentarischen Staatswesens möglich. Worin die Gefahren der Aufrechterhaltung einer einseitigen sozialistischen Regierung im einzelnen liegen, soll in einer weiteren Darstellung gesagt werden. Grundsätzlich geht das Ziel der Deutschen Demokratie auf eine Zusammenfassung aller auf dem Boden der Verfassung stehenden, zum Aufbau und Ausbau des Staates bereiten Kräfte. Es widerspricht der sozialen und politischen Struktur, dem Wohle unseres Volkes und dem Wesen und Ziele der Deutschen Demokratischen Partei als einer wahren Volkspartei, die soziale Herkunft dadurch zu vertiefen, daß man die sozialistischen Strömungen von der Teilnahme an der Regierungsverantwortung ausschließt. Aber es widerspricht ebenso selbstverständlich wahrhaft demokratischen Grundsätzen, daß man sich mit einer innerlich und formal dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung widersprechenden einseitigen sozialistischen Regierung abfindet. Für Klassenpaß ist in einem demokratischen Staat ebensowenig Raum wie für Klassenherrschaft, gleichviel ob sie von rechts oder links versucht wird.

Der französische Reparationsplan

Die französische Denkschrift ist der Reparationskommission überreicht worden, nachdem Poincaré und Barthou sich über den endgültigen Wortlaut geeinigt hatten. Die Mitglieder der Kommission sind gleich nach der Verlesung der Denkschrift in offiziellen Meinungsaustausch über die französischen Anregungen eingetreten. Die Erörterung wird in offizieller Sitzung fortgesetzt werden.

Der Inhalt der Denkschrift

Die französische Denkschrift weist auf den Gegensatz zwischen dem „Finanzungslad“ des Reiches und den Gewinnen der deutschen Industrie hin und führt dann aus:

Der Augenblick ist nahe, in dem die deutsche Regierung — falls nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden — ihren Bankrott vor der Welt erklären wird, obwohl das wirkliche Kapital Deutschlands unverändert blieb. Die französische Abordnung muß erklären, daß die französische Regierung diese gefährliche Stunde nicht abwarten, um die verschiedenen Seiten des Problems zu betrachten und um eine Lösung vorzuschlagen. Im August gab sie in London ihre Anschauungen und ihr Projekt bekannt. Sie ist bereit, die Prüfung dieser Frage auf einer internationalen Konferenz wieder aufzunehmen. Frankreich hofft für eine Lösung des Reparationsproblems viel von Abmachungen, zu denen diese Konferenz führen kann. Es erwartet eine allgemeine Beruhigung, von der Deutschland nicht als letzter Nutzen ziehen kann. Aber Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland während einer weichen oder weichen langen Periode von der Last der Reparationslasten

lungen befreit wird, und daß Frankreich selbst diese Last für den Wiederaufbau auf sich nimmt. Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland auch nur zeitweilig zahlungsunfähig wird. Denn Deutschland bewahrt trotz seiner gegenwärtigen Finanzunordnung und seiner budgetären Schwierigkeit seine mächtigsten Produktionsmittel und seine Lebensfähigkeit.

Die Erfahrungen mit Zahlungsausschüssen für die Reparationskommission waren negativ. Sie beweisen nur, daß man auf den guten Willen Deutschlands nicht zählen könne, um zu einer Gesundung der deutschen Finanzen zu gelangen. Man braucht andere Abfungen und Maßnahmen.

Vor allem ist es notwendig, daß deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, dadurch, daß die Noteninflation völlig verboten wird; andererseits muß die Markt stabilisiert werden. Die französische Abordnung fordert eine strenge Kontrolle über das deutsche Budget, ebenso über die Budgets der deutschen Einzelstaaten. Diese Kontrolle darf sich nicht nur auf ein einfaches Einblicksrecht in das deutsche Budget beschränken, sondern es muß eine wirksame Aktion ausgeübt werden. Eine nicht vollkommene Kontrolle bliebe unwirksam; sie erschiene nur als eine vegetarische Maßnahme.

Die Kontrolle muß aber dazu führen können, alle Ausgaben Deutschlands zu unterdrücken, einzuschränken oder zu vertagen und andererseits der deutschen Regierung die Vermehrung ihrer Einnahmen vorzuschreiben.

Folgende Kontrollmaßnahmen

werden vorgeschlagen:

1. Der Garantiaussschuß kann von der deutschen Regierung gewisse Maßnahmen fordern oder sie ihr verbieten.
2. Der Ausschuß wird nach Berlin verlegt. Es sind sofort Vorkehrungen zu treffen, daß seine Tätigkeit wirksam wird.
3. Die Maßnahmen für die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben und zur Unterdrückung der Kapitalflucht werden unverzüglich angewandt.
4. Der Kontrollorganismus wird die Pflicht und das Recht haben, dauernd alle Einzelheiten der Finanzverwaltung des Reiches und der Einzelstaaten zu kennen. Er wird alle Mittel zur Nachforschung anwenden, um das Mindestmaß der zu erzielenden Einnahmen und die Höchstbeträge der erlaubten Ausgaben festlegen zu können. Er wird das Recht haben, unangebrachte Ausgaben zu verbieten. Wenn die deutsche Regierung sich nicht den Weisungen der Kontrollorgane fügen sollte, wird dieser Verstoß sofort den Mächten gemeldet werden.
5. Die Anleihen des Reiches und der Länder müssen von dem Kontrollorganismus gebilligt und direkt beim Publikum untergebracht werden. Die Unterbringung der Schatzanweisungen bei der Reichsbank wird streng verboten.

Die französische Delegation schlägt ferner vor:

- a) Sofort die öffentliche Finanzverwaltung Deutschlands unter vorstehenden Bedingungen unter die Kontrolle der Gläubiger Deutschlands zu stellen.
- b) Alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, wobei man progressiv in die Ausgaben den Teil der Reparationen einfügt, deren Zahlung nicht durch andere Mittel oder Anleihen, wie Amortisierung des Kapitals ausgebracht werden kann.
- c) Dem Schatzamt zu verbieten, Schatzwechsel irgendwelcher Art bei der Reichsbank zu diskontieren, sowie jede Ausgabe von Schuldverschreibungen auf kürzere oder längere Dauer der interalliierten Kontrolle zu unterstellen.
- d) Die Reichsbank unter interalliierte Kontrolle zu stellen, die damit beauftragt ist, alle von den Alliierten geforderten Maßnahmen, die ihr Eingreifen erfordern, zu überwachen.
- e) Die für geeignet erachteten Verfügungen zur Vermeidung der Kapitalflucht und Anziehung ausländischer Devisen im Innern durch interalliierte Kontrolle zu verschärfen.
- f) Es soll sofort mit der Ausgabe von Goldschatzanweisungen begonnen werden, deren Unterbringung durch fiskalische Vorteile erleichtert werden könnte. Das Ergebnis dieser Schatzwechselausgabe würde, soweit dies nötig ist, zur Verstärkung des Metallbestandes der Reichsbank dienen, um den Erfolg der Währungsreform zu sichern. Der Rest würde dazu dienen, den Teil der Reparationen, die nicht im Haushalt aufgeführt sind, zu zahlen.
- g) Die deutsche Regierung soll auch weiter in Gold oder ausländischen Devisen Beträge von mindestens 25 Prozent des Wertes der Ausgabe erlegen. Das Ergebnis dieser Summe und das Ergebnis der Zölle bei der Ein- und Ausfuhr soll auf ein besonderes Konto überwiesen

würfe
zchnitte
alvanos

bläuche
genossen, P
Witze in allen
Blg., Bettinerstr. 20

am 23. Oktbr.
herer

22. Oktober
theke.

Augen
los durch
Labwohl
sohle besitzt
n-Scheiben
leben am Strumpf
Apotheken.
Sommer, Aue.

auenhaar
—800 M.
it und Haar-
str. 48.

re

Bellmer

r.

Mann,
der mit Fleiß
nen Arbeiten
a von Werben
Beschäftigung

im 1. Stad.

Mann,
Rechner, der auch
emwandert ist, für
Eintritt gesucht,
de Aue.

rlinge

tern 1923 bei 40-
ren tariflicher Ent-
nung ein
an Weiser,
abrit, Aue.

eigenständige
pperinnen
mensliche
heit Schuppe,
liche-Babell,
ilnerstraße 56,
unabhängige

rau
ädchen
rtung gesucht,
en in der Ge-
Aue Tagebl.

e Heute
ahren woll., erh.
nung und Nat.
Somburg 25,
112, G. 120